

## Liebe Leserinnen und Leser,

am Freitag ist es wieder so weit: Die Internationale Grüne Woche öffnet in Berlin ihre Türen! Bis zum 28. Januar bietet die Grüne Woche ein umfangreiches Programm, mehr als 300 Veranstaltungen der verschiedenen Gremien der Land- und Forstwirtschaft werden abgehalten. Über 200 internationale und nationale Ministerinnen und Minister, Staatssekretärinnen und Staatssekretäre werden Berlin besuchen. Jedes Jahr werden etwa 2.000 Medienschaffende aus rund 25 Ländern akkreditiert. Auch ich bin dieses Jahr wieder dabei und freue mich ganz besonders auf den bayerischen Beitrag! Unter dem Motto „Almen und Alpen - Milcherzeugung auf Bayerisch“ präsentiert sich der Freistaat als Genuss- und Urlaubsregion. Ich hoffe, dass ich dort innovative Produkte und neue Ideen für meine Arbeit mitnehmen kann.



In Straßburg haben wir endlich eine Entschließung zur Rechenschaftspflicht von Nichtregierungsorganisationen beschlossen. Es darf nicht mehr sein, dass dubiose Organisationen Geld von der EU-Kommission ohne Nachweispflicht erhalten. Wir wollen wissen für wen und wofür diese Gelder am Ende geflossen sind. Leider haben gerade die linken Fraktionen noch mehr Transparenz verhindert. Denn der Qatargate-Korruptionsskandal hat ja alle NGOs in ein schlechtes Licht gerückt, und ausschließlich die sozialistischen Parteien.

Mit freundlichen Grüßen,



## Mein Europa

### Belgien übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft

Belgien hat die EU-Ratspräsidentschaft übernommen - zum insgesamt 13. Mal. Bis Juni 2024 steht unser Nachbar nun der EU unter dem Motto „Schützen, stärken, vorausschauen“ vor.

Diese 6 Prioritäten hat Belgien für die kommenden Monate für die EU gesetzt:

1. Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Einheit
2. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit
3. Anstreben eines grünen und gerechten Übergangs
4. Verstärkung der Sozial- und Gesundheitsagenda
5. Schutz von Menschen und Grenzen
6. Förderung eines globalen Europas

Belgien versteht sich selbst als kompromissbereit und an Diskussionen gewöhnt. Ich blicke sehr optimistisch auf die kommenden Monate.

### Abstimmung über die Überarbeitung der EU-Quecksilberverordnung

Das Europäische Parlament hat am 17. Januar über die Überarbeitung der EU-Quecksilberverordnung abgestimmt. Dazu erklärt **Marlene Mortler (CSU)**, Berichterstatterin der EVP-Fraktion für dieses Thema:

„Es ist absolut zeitgemäß und wichtig, die Verwendung von Quecksilber schrittweise einzustellen. Die negativen Auswirkungen auf die Umwelt sind bekannt und gut erforscht.“

Quecksilber ist in Form von Zahnamalgam in manchen Mitgliedsstaaten jedoch noch sehr weit verbreitet. Dafür gibt es oft gute Gründe. Ich bin etwas enttäuscht, dass mein Vorschlag für ein Amalgamverbot mit Ausnahmen heute keine Mehrheit gefunden hat. Ich bin nämlich überzeugt davon, dass dieser Vorschlag die Interessen von Mitgliedsstaaten und Bürgern gut in Einklang gebracht hätte. Fakt ist, dass die Erstattung von Amalgamalternativen oft entweder gar nicht möglich ist oder aber einen erheblichen Kostenaufwand für die Patientinnen und Patienten bedeutet. Ein Phase-Out mit Ausnahmen hätte den Mitgliedsstaaten die notwendige Zeit gegeben, um die Erstattungssysteme anzupassen und Amalgamalternativen noch besser erforschen zu lassen.“

Hintergrund:

Mit diesem Vorschlag wird die bereits bestehende EU-Quecksilberverordnung überarbeitet. Das dort festgelegte Verbot von Amalgamfüllungen für Kinder mit Milchzähnen, Schwangere und Stillende wird mit dieser Überarbeitung um ein Anwendungsverbot von Zahnamalgam für die allgemeine Bevölkerung erweitert. In medizinisch notwendigen Fällen soll eine Behandlung aber weiterhin erlaubt bleiben. Die Verordnung regelt außerdem noch andere verbleibende Anwendungsgebiete von Quecksilber wie in Krematorien, in Leuchttürmen und in Lampen. Interinstitutionelle Verhandlungen mit Rat und Kommission sollen im Februar beginnen.

## Einigung über den Migrationspakt

Unterhändler von Parlament und Mitgliedstaaten haben am Morgen des 20. Dezember 2023 eine politische Einigung über den Migrationspakt erzielt. Dazu erklärt **Lena Düpont (CDU)**, migrationspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

"Europa holt sich die Hoheit über Asyl und Migration zurück. Mit der heute geschlossenen Einigung zum Asyl- und Migrationspaket holt sich die Europäische Union den Gestaltungsanspruch einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik zurück. Nach langen Jahren des Hangelns von Notlösung zu Notlösung haben wir nun das erste Mal seit der Einführung einer gemeinsamen Innenpolitik eine kohärente Herangehensweise an eine mehr als komplexe Herausforderung. Der Pakt folgt der Logik einer Kette der Verantwortung, beginnend bei der Zusammenarbeit mit Drittstaaten und der Kontrolle der EU-Grenzen und geht über effiziente Asylverfahren und direkt daran anschließende Rückführung nicht-Schutzberechtigter oder Verteilung der Schutzberechtigten innerhalb der EU weiter. Neue Eurodac-Regeln werden eine ordnungsgemäße Registrierung und Identifizierung ermöglichen und damit irreguläre Migration und unerlaubte Bewegungen zwischen den EU-Ländern unterbinden.

Währenddessen werden durch neue, harmonisierte Regeln für Sicherheitsüberprüfungen alle irregulären Ankünfte an den EU-Grenzen effektiv überprüft. Diejenigen, bei denen Sicherheitsbedenken bestehen, und jene mit geringer Aussicht auf internationalen Schutz, müssen ein beschleunigtes Grenzverfahren durchlaufen. Damit stellen wir sicher, dass die Unterstützung denen zu Gute kommt, die wirklich Schutz benötigen, und ermöglichen eine effiziente Rückführung derjenigen, die ihn nicht benötigen. Am Ende ist die Grundbedingung für den Erhalt von Schengen, dass Staaten entscheiden, wer ihr Territorium betritt, nicht Schleuserbanden und Schmuggler. Gleichzeitig können wir innerhalb der Europäischen Union unseren humanitären Anspruch nur aufrecht erhalten, wenn wir zu geordneten Verhältnissen kommen. Dazu zählt im Übrigen auch, dass der Bund seine Verantwortung in der Unterstützung der Kommunen wahrnimmt.

Nach der finalen Annahme durch Rat und Parlament liegt der Fokus des Pakets klar auf der konsequenten Umsetzung der Vereinbarung, der Ball liegt dabei vor allem in den Mitgliedsstaaten."

## Einigung über Mediengesetz

Vertreter von Europaparlament, Mitgliedstaaten und EU-Kommission haben am 15. Dezember 2023 eine politische Einigung über das Medienfreiheitsgesetz erzielt. Dazu erklärt **Sabine Verheyen (CDU)**, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung sowie Verhandlungsführerin des Parlamentes für das Dossier:

„Die Einigung markiert einen bedeutenden Meilenstein für die Medienfreiheit und einen großartigen Moment für die Wahrung der Rechte von Journalisten in der EU. Es ist ein wegweisender Erfolg, der unsere Entschlossenheit unterstreicht, positive Veränderungen auf EU-Ebene herbeizuführen.

Wir haben den Vorschlag der Europäischen Kommission deutlich gestärkt, indem Schutzmaßnahmen für Journalisten und Mediendiensteanbieter gewährleistet werden. Wir haben sichergestellt, dass die Medienaufsicht politisch unabhängig ist, schaffen Transparenz über

die Besitzverhältnisse von Medienunternehmen und setzen Mindeststandards für die freie Arbeit der Journalisten sowie den öffentlichen Rundfunk. Wir geben Medienanbietern außerdem die Möglichkeit sich selbstständig an die europäische Ebene zu wenden, wenn nationale Regulierung es ihnen unmöglich macht ihrer Aufgabe nachzukommen. Zum ersten Mal wird es im EU-Recht Schutzmaßnahmen geben, um Journalisten und die Medien vor dem missbräuchlichen Einsatz von "Spyware" zu schützen.

Dies ist ein wichtiger gesetzgeberischer Meilenstein zur Sicherung der Vielfalt und Freiheit unserer Medienlandschaft und zum Schutz unserer Demokratien. Die Position des Parlaments bezieht auch die großen Online-Plattformen ein, die als Gatekeeper in unserem digitalen Leben fungieren. Diese hauptsächlich nicht-europäischen Plattformen, haben erhebliche Macht bei der Entscheidung, welche Inhalte uns erreichen. Streng kontrollierte europäische Medieninhalte dürfen nicht willkürlichen Entscheidungen unterliegen. Die Co-Gesetzgeber haben heute gezeigt, dass sie es mit dem Schutz der freien Medien ernst meinen.

### Trilogieinigung zu Euro 7

Am Nachmittag des 18. Dezember 2023 haben sich die Unterhändler des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten im Trilog auf die neue Abgasnorm Euro 7 geeinigt. Dazu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Verhandlungsführer der EVP-Fraktion:

„Wir haben eine ausgewogene Lösung für die neue Euro 7-Abgasnorm gefunden. Damit erreichen wir eine Verbesserung der Luftqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger. Gleichzeitig verhindern wir aber auch eine unverhältnismäßige Belastung der Industrie, die schon den Umstieg auf die Elektromobilität bewältigen muss. Der Spagat zwischen Gesundheitsschutz und Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ist uns damit gelungen.“

Die etablierten Euro 6-Testbedingungen werden beibehalten, damit vermeiden wir hohe Anpassungskosten für die Industrie. Gleichzeitig haben wir aber vor allem bei schweren Nutzfahrzeugen wie Lkw oder Bussen strengere Grenzwerte bei den beiden wichtigsten Luftschadstoffen Stickstoffdioxid und Feinstaub durchgesetzt. Außerdem erfassen wir bei Feinstaub nun deutlich kleinere Partikel mit einem Durchmesser von kleiner oder gleich 10 Nanometern. Damit erreichen wir bereits eine deutliche Verbesserung der Luftqualität.

Durch die zunehmende Marktdurchdringung mit Elektrofahrzeugen werden die Abgasemissionen in den nächsten Jahren weiter sinken und einen immer geringeren Anteil an der Luftverschmutzung ausmachen. Stattdessen werden Emissionen von Brems- und Reifenabrieb die größte Feinstaubquelle darstellen. Hier setzt die neue Euro 7-Norm einen Meilenstein: Erstmals werden auch Grenzwerte für Brems- und Reifenabrieb gesetzt.

Auch mit einer ambitionierten Regulierung von Batterien für E-Autos machen wir die Norm fit für die Zukunft: Nach 160.000 Kilometern oder acht Jahren müssen Batterien von Autos noch eine Mindestleistung von 72 Prozent erreichen. Das stärkt das Vertrauen in die Technologie und gibt dem Verbraucher Sicherheit.“

Der zuständige Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) hat das Trilogergesetz zu den neuen **Euro 7 Abgasnorm** am 11. Januar 2024 bestätigt. Dazu erklären:

**Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter der EVP-Fraktion:

„Das heutige Votum ist ein weiterer Schritt, damit die neue, ausgewogene Euro 7 Abgasnorm bald in Kraft treten. Euro 7 wird die Luftqualität verbessern, ohne die mit der Umstellung auf Elektromobilität beschäftigte Industrie gleichzeitig unverhältnismäßig zu belasten. Der Spagat zwischen Gesundheitsschutz und Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie ist uns damit gelungen.

Die etablierten Euro 6-Testbedingungen werden beibehalten, damit vermeiden wir hohe Anpassungskosten für die Industrie. Gleichzeitig haben wir aber vor allem bei schweren Nutzfahrzeugen wie Lkw oder Bussen strengere Grenzwerte bei den beiden wichtigsten Luftschadstoffen Stickstoffdioxid und Feinstaub durchgesetzt. Außerdem erfassen wir bei Feinstaub nun deutlich kleinere Partikel mit einem Durchmesser von kleiner oder gleich 10 Nanometern. Damit erreichen wir bereits eine deutliche Verbesserung der Luftqualität. Durch die zunehmende Verbreitung von Elektrofahrzeugen werden die Abgasemissionen in den nächsten Jahren weiter sinken und einen immer geringeren Anteil an der Luftverschmutzung ausmachen. Stattdessen werden Emissionen von Brems- und Reifenabrieb die größte Feinstaubquelle darstellen. Hier setzt die neue Euro 7-Norm einen Meilenstein: Erstmals werden auch Grenzwerte für Brems- und Reifenabrieb gesetzt.

Auch mit einer ambitionierten Regulierung von Batterien für E-Autos machen wir die Norm fit für die Zukunft: Nach 160.000 Kilometern oder acht Jahren müssen Batterien von Autos noch eine Mindestleistung von 72 Prozent erreichen. Das stärkt das Vertrauen in die Technologie und gibt dem Verbraucher Sicherheit.“

**Peter Liese (CDU)**, umwelt- und gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Den Autofahrern in und den Automobilzulieferbetrieben in Deutschland und Europa bleiben zusätzliche Belastungen durch eine EURO7-Norm erspart. Die Automobilzulieferindustrie ist durch den Übergang zur Elektromobilität extrem herausgefordert. Hierauf müssen alle Kräfte konzentriert werden, sowohl die Finanzen als auch das Fachpersonal. Eine komplette Überarbeitung der Verbrennungsmotoren zu einem Zeitpunkt, zu dem viele Unternehmen diese Technik auslaufen werden, wäre absurd gewesen. Die Luftqualität in Deutschland ist in den letzten Jahren so viel besser geworden, dass wir auch nicht mehr über Fahrverbote reden. Deswegen ist die Entscheidung auch aus umwelt- und gesundheitspolitischer Sicht zu vertreten. Vor allem hätte der Vorschlag der EU-Kommission laut einer Studie (siehe Link im Hintergrund) zu einer Kostensteigerung für Euro-7-Benziner von durchschnittlich 1860 Euro und Diesel gar 2630 Euro zusätzlich, und zwar weitgehend unabhängig von der Fahrzeuggröße, geführt. Es ist gut, dass uns allen das erspart geblieben ist.“

**Hintergrund:**

<https://www.faz.net/aktuell/technik-motor/euro-7-macht-autos-deutlich-teurer-18922883.html#:~:text=Eine%20Studie%20von%20Frontier%20im,weitgehend%20unabh%C3%A4ngig%20von%20der%20Fahrzeuggr%C3%B6%C3%9Fe>

## Probleme mit der EU-Medizinprodukteverordnung

Eine aktuelle Umfrage der Unternehmensplattform MedicalMountains gemeinsam mit dem Industrieverband SPECTARIS und der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) unter rund 400 Unternehmen benennt erstmals die konkreten Probleme der EU-Medizinprodukteverordnung: Aufgrund langwieriger und kostenintensiver Zertifizierungsprozesse verschwinden immer mehr Produkte vom Markt. Gleichzeitig wird der Innovationsstandort Deutschland empfindlich geschwächt. **Peter Liese (CDU)**, gesundheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion, und **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe, listen [zehn konkrete Punkte](#) auf, die aus ihrer Sicht dringend geändert werden müssen.

### **Peter Liese (CDU):**

„Die Intention der Medizinprodukteverordnung war richtig. Es gab zu viele Skandale, zum Beispiel um schadhafte Brustimplantate, aber die Institutionen der Europäischen Union haben über das Ziel hinausgeschossen. Es gibt nicht nur mehr Sicherheit, sondern auch viel unnötige Bürokratie. Deswegen habe ich mich Ende letzten Jahres nochmal persönlich an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gewandt mit der Bitte, so schnell wie möglich Abhilfe zu schaffen.

Die Regeln, die wirklich die Sicherheit der Medizinprodukte gewährleisten, sollten natürlich erhalten bleiben. Was wir streichen müssen, ist die unnötige Bürokratie. Wir brauchen Sonderregelungen für die Produkte, die nur in kleiner Stückzahl hergestellt werden. Hier kann zum Beispiel die Orphan-Device-Regulierung, die in den USA gilt, ein Vorbild sein. Außerdem müssen wir unbedingt die Regeln so ändern, dass auch neue Medizinprodukte schnell auf den Markt kommen. Die Abschaffung der fünfjährigen Rezertifizierung für Produkte, die bereits lange auf dem Markt sind, ist essentiell, damit sich die Fachleute auf die wirklich wichtigen Dinge konzentrieren können.“

### **Angelika Niebler (CSU):**

„Patientensicherheit ist ein hohes Gut. Wir können nicht zulassen, dass die Forschung und die Herstellung von Medizinprodukten ins Ausland abwandern, weil die Zertifizierung in der EU zu bürokratisch ist. Europa muss als Innovationsstandort attraktiv für Medizinproduktehersteller bleiben. Es ist unsinnig, an einem bürokratischen Zertifizierungssystem festzuhalten, das dazu führt, dass Hersteller ihre Medizinprodukte bei der FDA in den USA anmelden. Wir vertreiben damit unsere hochinnovativen mittelständischen Betriebe aus der EU und riskieren gleichzeitig, dass die Patientensicherheit gefährdet wird. Eine solche innovationsfeindliche Politik muss korrigiert werden. Wir müssen jeden einzelnen Artikel der Medizinprodukteverordnung auf den Prüfstand stellen. Es geht darum, Leben zu retten.“

### Hintergrund:

Seit dem 26. Mai 2021 gilt die EU-Medizinprodukteverordnung, die den entsprechenden Unternehmen erhebliche, zum Teil sehr bürokratische und teure Auflagen macht. Für Anbieter von Geräten, die nur in kleinen Stückzahlen hergestellt werden, lohnt sich der Aufwand nicht. Laut der [Umfrage](#) sind in rund 90 Prozent der Fälle die Zertifizierungskosten schuld daran, dass Medizinprodukte vom EU-Markt genommen werden. Die Zulassungsdauer habe sich für viele Betriebe drastisch verlängert. 37 Prozent der Unternehmen gaben an, die Verfahrensdauer sei dreimal so lange wie vor der MDR. Diese Entwicklung führt mit dazu, dass mehr als jedes fünfte Unternehmen mit medizintechnischen Innovationen auf

andere Märkte ausweicht - meistens in die USA, so die Umfrage. Nach Ansicht von Experten, zum Beispiel Kinderkardiologen, ist aufgrund dessen die medizinische Versorgung in diesem Bereich in Europa in Gefahr. Nach Monaten des intensiven Drängens hat die Kommission dann Anfang 2023 endlich eine Fristverlängerung für die Rezertifizierung sowie eine längere Gültigkeit bereits vergebener Zertifikate vorgeschlagen. Im Dezember 2023 hat das Plenum mit einem entsprechenden [Antrag \(Punkt 97\)](#) die Kommission nochmals dazu aufgefordert, endlich grundsätzliche Lösungen für die Medizinprodukteverordnung vorzulegen.

### Trilogergebnis zur Gebäudeeffizienzrichtlinie

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie hat am Abend des 15. Januar 2024 das Trilogergebnis für die EU-Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie mit 37 Stimmen dafür (bei 20 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen) bestätigt. Dazu erklären:

**Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

"Zwangssanierungen wurden verhindert. Dies ist das einzig Positive am Trilogergebnis: Es bleibt aber zu viel Klein-Klein Regulierung. Denn es braucht keine neuen EU-Vorgaben zu Fahrradstellplätzen. Dies kann regional besser geregelt werden. Auch die Vorgaben zu Ladensäulen lassen bei der Umsetzung zu wenig Spielraum. Insgesamt bleibt die Frage, ob diese Richtlinie überhaupt notwendig ist. Wir wollen und müssen den Gebäudebestand dekarbonisieren, aber genau dafür haben wir den europäischen Emissionshandel auf Gebäude ausgeweitet. Der Mehrwert dieser Richtlinie bleibt weiterhin fraglich."

**Markus Pieper (CDU)**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe:

„Die hohe Zahl der Nein-Stimmen lässt für das Plenum eine noch kritischere Beurteilung des Trilogergebnisses erwarten. Zurecht, denn weitere europäische Vorgaben für Einsparvorgaben für weniger Primärenergie in Gebäuden sind Doppelregulierung und treffen kurioserweise auch die Erneuerbaren Energien. Zudem erwartet kein Mensch und kein Unternehmen EU-Vorgaben für Leerrohre und Fahrradständer. Brüssel muss sich zurücknehmen und auf große Themen konzentrieren. Die Gebäudewirtschaft ist bereits im europäischen Emissionshandelssystem (ETS) integriert und verfolgt verbindliche Energieeinsparziele. Den Rest regelt der Markt.“

### Rechenschaftspflicht von Nichtregierungsorganisationen

Das Europäische Parlament hat am 17. Januar eine Entschließung zur Transparenz und Rechenschaftspflicht von Nichtregierungsorganisationen, die Geld aus dem EU-Haushalt bekommen angenommen. Dazu erklärt **Markus Pieper (CDU)**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter des Europaparlaments:

„Mit diesem Bericht haben wir ein deutliches Zeichen gesetzt, dass mehr Transparenz zur Verhinderung von künftigen Bestechungsskandalen nötig ist. Es geht dabei nicht um die vielen Vereine und Organisationen, die den Kit unserer Gesellschaft bilden und sich für das Funktionieren unserer Gesellschaft, Freiheit und Demokratie einsetzen. Vielmehr geht es in diesem Bericht um die wenigen Nichtregierungsorganisationen (NGO's), die EU-Fördergelder erhalten. Leider haben in der Vergangenheit auch wenige schwarze Schafe, begünstigt durch unklare Transparenzvorgaben, EU-Fördermittel erhalten. Der Qatargate-

Korruptions-Skandal hat dies aufgedeckt. Es kann nicht sein, dass diese den Ruf aller NGOs ruinieren.

Das Parlament hat heute beschlossen, dass künftig alle von der EU geförderten Nichtregierungsorganisationen eindeutig die Verwendung ihrer Gelder bis zum letzten Empfänger und die Herkunft ihrer Finanzierung veröffentlichen müssen. Dies ist ein guter erster Schritt in die richtige Richtung. Transparenz ist keine Einbahnstraße, sie muss für alle gelten. Deshalb haben wir erneut gefordert, dass wir endlich eine NGO-Verordnung erhalten, und dass NGOs ihre Lobbytreffen mit Abgeordneten und Kommissionsbeamten veröffentlichen müssen. Wenn NGOs versuchen Gesetzgebung im Parlament zu beeinflussen und gleichzeitig von der Kommission Gelder erhalten, ist das allermindeste, dass dies transparent gemacht wird. Leider hat sich hier wieder die Doppelmoral der linken Fraktionen offenbart: Maßstäbe, die für Interessensvertreter der Wirtschaft gelten, werden bei NGOs ignoriert, und so sind diese Forderungen erneut gescheitert. Dennoch setzt das Europäische Parlament heute ein wichtiges Zeichen. Wir werden die Kommission nach Ablauf der gesetzten Fristen um Rechenschaft bitten."

## Forschungsfreiheit in der EU

Das Europäische Parlament hat am 17. Januar eine Entschließung zur Förderung der Forschungsfreiheit in der EU verabschiedet. Dazu erklärt **Christian Ehler (CDU)**, forschungspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Europaparlaments:

"Die Forschungsfreiheit ist ein Herzstück unseres europäischen Projekts, aber sie wird oft eines der ersten Opfer autoritärer Regime. Europa hat es in den letzten Jahrzehnten versäumt, sie zu schützen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hielten wir sie für eine selbstverständliche Norm, aber das ist nicht der Fall. Der jüngste "Academic Freedom Monitor" des Europäischen Parlaments hat gezeigt, dass die Einmischung nationaler Regierungen weiterhin die größte Bedrohung für die Forschungsfreiheit in der Union darstellt.

Wir dürfen es nationalen Regierungen nicht durchgehen lassen, dass sie die Forschungsfreiheit durch Scheindebatten über neue Gefahren aushöhlen. Das europäische Projekt basiert im Kern auf der Idee, dass wir unsere Bürger vor repressiven Regierungen schützen müssen. Das ist die Lehre aus dem 20. Jahrhundert, das ist eine zentrale Verpflichtung für die Union.

Um dies zu erreichen, müssen wir unsere Norm für die Forschungsfreiheit mit einem gesetzlichen Mindeststandard untermauern. Nur so können wir verhindern, dass die politischen Extreme die Forschungsfreiheit weiter aushöhlen können. Das europäische Projekt braucht seine Mitte, um seine Grundwerte zu sichern. Und auch wenn es wichtig ist, sich auf gemeinsame Normen zu stützen, so brauchen sie doch die Kraft des Gesetzes, um allen Versuchen antidemokratischer Kräfte zu widerstehen, sie zu kippen. Aus diesem Grund fordern wir die Europäische Kommission heute auf, einen Legislativvorschlag vorzulegen, der den rechtlichen Schutz der Forschungsfreiheit in Europa gewährleistet. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag zu den Debatten zur Rechtsstaatlichkeit in Europa, da auch europäische Forschungsgelder zu den für Ungarn wegen Rechtsstaatsverstößen eingefrorenen Mitteln zählen."



### Hintergrund:

Der Academic Freedom Monitor des STOA-Panels des Europäischen Parlaments ist hier abrufbar: [https://www.europarl.europa.eu/stoa/en/document/EPRS\\_STU\(2023\)740231](https://www.europarl.europa.eu/stoa/en/document/EPRS_STU(2023)740231)

## Virtuelle Welten

Das Plenum hat am 17. Januar eine Entschließung zur Entwicklung virtueller Welten angenommen. Dazu erklärt **Axel Voss (CDU)**, rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Europäischen Parlaments:

"Virtuelle Welten werden in den kommenden Jahren eine immer wichtigere Rolle spielen. Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Rechte in virtuellen Welten genauso geschützt werden wie in der realen Welt. Das betrifft den Schutz der Bürgerrechte ebenso wie den Schutz digitaler Identitäten, den Datenschutz oder Eigentumsrechte. Die Möglichkeiten virtueller Welten sind zwar faszinierend, aber es muss klar sein, welche Regeln hier durchgesetzt werden müssen."

## Verordnung zu fluorierten Gasen angenommen

Das Europäische Parlament hat am 16. Januar die überarbeitete EU-Verordnung zu fluorierten Gasen (sog. "F-Gasen") angenommen. Dazu erklärt **Peter Liese (CDU)**, umwelt- und klimapolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Mit den neuen Regelungen für Schaltanlagen, Kühlgeräte und Wärmepumpen werden bis 2030 jetzt 40 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent eingespart. Das entspricht den Emissionen von Irland, Schweden oder Portugal oder etwa 20 Millionen Autos. Deutsche Unternehmen sind führend bei der Bereitstellung der alternativen modernen Technologien zum Klimaschutz und bitten teilweise selber darum, F-Gase so ambitioniert wie möglich zu reglementieren. Mit den überarbeiteten Regeln zeigen wir also der Welt, wie Klimaschutz zusammen mit der Wirtschaft gelingt.“

Beim Thema Handwerk mussten wir aber noch nachsteuern. Der ursprüngliche Vorschlag sah vor, dass Kühlanlagen z.B. bei Fleischern oder Bäckern nicht mehr hätten repariert werden dürfen. Gerade in diesen schwierigen wirtschaftlichen Zeiten brauchen Handwerksbetriebe Investitionssicherheit und bestehende Kühlanlagen müssen nach wie vor gewartet werden können. Daher freut es mich, dass wir dies als EVP durch einen Änderungsantrag im Plenum ändern konnten und die Anlagen weiter mit F-Gasen, vorzugsweise recycelten, betrieben werden dürfen. F-Gase, die nicht recycelt werden, sind natürlich ein Problem für das Klima und können auch ein Problem für die Verfügbarkeit sein. Deswegen muss hier jetzt angesetzt werden und die Kommission und die Mitgliedstaaten müssen alles daran setzen, das Recycling von F-Gasen auszubauen. Falls das nicht ausreicht, gibt es eine Revisionsklausel und zurecht weist das Handwerk darauf hin, dass die Klausel genutzt werden muss, wenn durch Recycling nicht ausreichend F-Gase für Reparaturzwecke zur Verfügung stehen.“

## Trilogeinigung zu Geldwäsche

Vertreter von Europaparlament, Rat und EU-Kommission haben in der Nacht auf den 18. Januar eine politische Einigung zur Geldwäsche-Verordnung erzielt. Dazu erklären **Ralf Seekatz (CDU)** und **Karolin Braunsberger-Reinhold (CDU)**, beide Berichterstatter der EVP-Fraktion für die Geldwäsche-Verordnung:

### Ralf Seekatz:

„Sozialdemokraten, Grüne und Liberale hatten völlig die Lebenswirklichkeit aus den Augen verloren und wollten eine Barzahlungsobergrenze von 3.000 Euro in der EU einführen. In zähen Verhandlungen, die insgesamt über zwei Jahre dauerten, konnten wir im Europäischen Parlament eine Obergrenze von 7.000 Euro erkämpfen. Jetzt wurde der Wert letztendlich auf 10.000 Euro korrigiert. Damit können wir leben, schließlich müssen Kunden in Deutschland bei Bankeinzahlungen über 10.000 Euro schon heute einen Nachweis über die Herkunft erbringen. Für die Bürgerinnen und Bürger wird sich somit nichts ändern.

Auch für den deutschen Fußball konnten wir mit einem klaren Sieg im Gepäck die Heimreise nach Brüssel antreten. Wir konnten verhindern, dass sämtlichen Fußballvereinen von der ersten bis zur dritten Bundesliga umfangreiche Prüfungspflichten auferlegt werden. Damit hätten wir nicht nur finanzstarke Proficlubs aus der ersten Liga, sondern auch den Breitensport mit Vereinen aus der dritten Liga mit kleinem Budget und wenigen Mitarbeitern, die jetzt schon mit geringen Sponsoren- und Fernsehgeldern ums nackte Überleben kämpfen, vor erhebliche Herausforderungen gestellt.

Geldwäschebekämpfung muss auch in der Praxis umsetzbar sein und darf unsere Bürger, aber auch die vielen kleinen und mittleren Banken und Sparkassen nicht mit völlig unverhältnismäßiger Bürokratie und Überregulierung drangsalieren. Jetzt konnte sich letztendlich ein risikobasierter Ansatz durchsetzen, mit dem wir die großen Fische fangen wollen. Ich begrüße es deshalb, dass der Schwellenwert für die Eigentumsbeteiligung auf 25 Prozent verhandelt werden konnte, was auch internationaler Standard ist. Dadurch werden unnötiger Prüfungsaufwand und Wettbewerbsnachteile von Unternehmen aus der EU vermieden.“

### Karolin Braunsberger-Reinhold:

“Von Anfang an haben wir uns entschieden für klare, starke und EU-weit einheitliche Regeln zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung eingesetzt. Wir müssen dabei aber präzise und mit Maß vorgehen. Es darf nicht passieren, dass die Regelungen zu Lasten wichtiger Bürger- und Freiheitsrechte sowie Datenschutzbestimmungen fallen. Die Barzahlungsobergrenze war eines der Aufregerthemen schlechthin. Alle ab den Liberalen wollten willkürlich niedrige Vorgaben machen. Schon allein mit Blick auf die zwischenzeitlich horrenden Inflationsraten in der gesamten EU war das ohne Sinn und Verstand. Mit der jetzigen Grenze von 10.000 Euro sind wir so weit wie möglich nach oben gegangen.

Der Personenkreis der politisch Exponierten Personen (PEPs) wird mit erhöhtem Risiko eingestuft und engmaschiger überprüft. Die Linke Seite des Hauses wollte jeden ehrenamtli-

chen Lokalpolitiker als PEP einzustufen. Das hätte zur Folge gehabt, dass selbst ein Ortsbürgermeister einer 500-Seelen-Gemeinde und seine Geschwister stärker durchleuchtet worden wären - eine Katastrophe für das politische Engagement vor Ort. Das konnten wir verhindern. Diese Prüfpflichten fallen nun erst ab einer Einwohnerzahl von 50.000 an, das entspricht der Größe einer Großen Mittelstadt bei uns in Deutschland. Darüber hinaus soll nur bei den Geschwistern von Mitgliedern der nationalen Regierung genauer hingeschaut werden. Bei uns in Deutschland entspricht das den Bundesministern.“

## Entschießung zur Lage in Ungarn

Das Europäische Parlament hat am 18. Januar eine Entschießung zur Lage in Ungarn und eingefrorenen EU-Geldern verabschiedet. Dazu erklärt **Monika Hohlmeier (CSU)**, Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses:

„Die Entscheidung der Kommission, 10,2 Milliarden Euro Kohäsionsgelder an Ungarn freizugeben, kann ich nicht nachvollziehen. Ich schaue hier besonders in Richtung der für Rechtstaatlichkeit, Sozial- und Regionalfonds federführenden Kommissare Reynders, Schmit und Ferreira, die jetzt erklären müssen, wieso sie glauben, dass die Unabhängigkeit der ungarischen Justiz wieder gewahrt sei. Solange keine unabhängige Besetzung von rechtlichen Institutionen möglich ist und Gerichtsurteile über Nacht per Dekret abgeändert werden können, sehe ich hier nach wie vor schwerwiegende Hindernisse.

Dass der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban gleichzeitig Milliarden an EU-Geldern verlangt, während er die EU-Kommission, Präsidentin von der Leyen und das Europäische Parlament mit absurden Verschwörungstheorien verunglimpft, zeigt die Doppelmoral mit der er arbeitet.

Es ist deswegen richtig, dass das EU-Parlament die Entscheidung zur Freigabe der Gelder ins Visier nimmt. Sollte das Parlament zu dem Schluss kommen, dass die Kommission rechtlich falsch liegt, dann bleibt nur der Gang zum EUGH und die erneute Sperrung der Gelder.“

## Verbot der Krabbenfischerei und maritimer Aktionsplan

Das Plenum hat am 18. Januar seinen maritimen Aktionsplan angenommen. Die EU-Kommission hatte in ihrem Plan unter anderem ein Verbot der Krabbenfischerei in Norddeutschland vorgesehen. Dazu erklärt **Niclas Herbst (CDU)**, Berichterstatter des Europäischen Parlaments:

„Die Empfehlungen meines Berichts sind klar: Wir brauchen regionale Lösungen gemeinsam mit und nicht gegen die Krabbenfischerei. Wir wollen keine Pauschalverbote! Die Kommission muss im Fischereisektor mehr auf wissenschaftliche Studien achten, etwa auf die Ergebnisse der CRANIMPACT-Studie des Thünen Instituts. Diese zeigt, dass die Auswirkungen der Krabbenfischerei gering sind. Das muss auch die neue EU-Kommission nach der Wahl 2024 berücksichtigen.

Darum ist die Annahme des Berichts ein starkes Signal an die Fischerinnen und Fischer in ganz Europa. Die Kommission darf den Sektor nicht noch einmal verunsichern und sollte ihm Diskussionen wie im letzten Jahr ersparen. Darum kann man die heutige Abstimmung

im Plenum auch als deutlichen Hinweis an die nächste Kommission werten, pauschale Verbote künftig auszuschließen.“

## Trilogieinigung zu CO<sub>2</sub>-Standards für LKW, Busse, Anhänger und Auflieger

Die Unterhändler von Europaparlament und Mitgliedstaaten haben sich am Vormittag des 18. Januar im Trilog auf neue CO<sub>2</sub>-Emissionsstandards für schwere Nutzfahrzeuge wie LKW, Busse, Anhänger und Auflieger geeinigt. **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Verhandlungsführer der EVP-Fraktion, **kritisiert** das Verhandlungsergebnis:

„Volker Wissing und die deutsche Bundesregierung haben auf ganzer Linie versagt. Nachdem er sich schon bei der PKW-Gesetzgebung über den Tisch ziehen lassen hat, hat man dieses Mal vom eFuels-Getöse des Bundesministers in Brüssel nichts gemerkt. Es ist eine verpasste Chance, dass heute die Tür für Technologieoffenheit zugeschlagen wurde. Statt einen Wettbewerb der besten Technologien zu ermöglichen, heißt es erneut alles auf eine Karte. Eine Rückfalloption ist nicht vorgesehen. Das ist ein Glückspiel auf dem Rücken unserer Industrie. Aufgrund der unterschiedlichen Einsatzfelder von LKW und Bussen hätten wir alle Optionen auf dem Tisch gebraucht. Heute ist ein schlechter Tag für den Industriestandort Europa.

Und auch bei anderen wichtigen Punkten haben die Interessen Deutschlands keine Rolle gespielt. Die für Anhänger- und Auflieger-Produzenten vorgesehenen Reduktionsziele sind in der Praxis nicht erreichbar. Den gerade in Deutschland stark vertretenen, mittelständischen Produzenten drohen somit ruinöse Strafzahlungen. Der Verlust von Arbeitsplätzen wird damit billigend in Kauf genommen. Die SPD fällt als Vertreter der Arbeitnehmerinteressen erneut völlig aus.

Deutsche Interessen werden in Europa von der Ampel nicht vertreten. Einzig die Grünen können sich freuen, dass sie ihre einseitige Verbotspolitik vorantreiben konnten.

Als CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hätten wir die von der Kommission vorgeschlagenen Reduktionsziele mitgetragen. Bedingung war aber, dass wir keine Technologie ausschließen und realistischere Ziele für Anhänger- und Aufliegerproduzenten beschließen. Diese Bedingungen sind heute nicht erfüllt worden. Daher können wir diesem schlechten Kompromiss nicht zustimmen.

2026 steht die Überprüfung der Grenzwerte für PKW, 2027 der Grenzwerte für LKW und Busse an. Es braucht bei der Europawahl am 09. Juni 2024 ein klares Signal aus der Bevölkerung gegen die grün-linke Verbotsideologie. Nur dann kann es eine Zukunft für CO<sub>2</sub> neutrale Kraftstoffe geben.“

## Mein Mittelfranken

### Mahnfeuer für unsere Zukunft

Die Bundesregierung hat am 4. Januar mitgeteilt, dass sie die Streichung der Kfz-Steuerbefreiung zurückziehen werde. Dazu kam die Mitteilung, dass der Abbau der Agrardiesel-

Steuerbegünstigungen schrittweise erfolgen soll, um den Landwirten mehr Zeit zur Anpassung zu geben. Dieser faule Kompromiss kann nicht akzeptiert werden! Deshalb hat in Mittelfranken am 5. Januar ab 18 Uhr an der B14 zwischen Lauf und Rückersdorf ein Mahnfeuer stattgefunden.

Das „Entgegenkommen“ der Anpassung der Agrardiesel-Steuerbegünstigungen ist nicht das was sich die Landwirte vorgestellt haben. Ich stehe voll hinter dem Anliegen unserer Landwirte und bin als Politikerin selber entsetzt über die Pläne der Regierung. Für mich ein absolut falscher Ansatz das Haushaltsloch zu stopfen!

## CSU im Kloster Seeon

Jedes Jahr ein Highlight im Januar - Das Wochenende der CSU im Bundestag in Kloster Seeon.

Ich habe mich sehr auf die Tage gefreut. Denn der Austausch und das Miteinander mit den Kollegen aus ganz Bayern ist wichtig und bereichernd! Miteinander statt übereinander reden. Denn auch in der CSU zeigt man gerne der „anderen“ politischen Ebene den schwarzen Peter.

Wir haben über die EU-Politik diskutiert, die anstehende Europawahl und die Ziele der CSU in Deutschland und Europa DE & EU Auch die ausgewiesenen Experten/Gäste waren ein echter Gewinn! Wir sind gerüstet für das neue Jahr und auf das was auf uns zukommt!

## Gesucht: Flächen, die für die Artenvielfalt genutzt werden können

Das Nürnberger Land ist Modellstandort für ein Projekt der Bayerischen KulturLandStiftung, in dem es um den Erhalt, die Gestaltung und die Neuanlage von Feldrainen geht. Feldrainen sind Grünstrukturen, die die Artenvielfalt fördern.

Der Rückgang der Biodiversität hat unterschiedliche Gründe. Wildbienenarten sind zu 16 Prozent vom Aussterben bedroht, 24 Prozent gefährdet, und 40 Arten sind schon ausgestorben. Doch wir können etwas dagegen tun: Schon kleine Grünstreifen, kleine Veränderungen in der Landschaft können Lebensräume aufwerten und die Artenvielfalt fördern.

Deshalb ist die KulturLandStiftung jetzt auf der Suche. Etwa 3-6 Meter breit müssen die Flächen sein, am Rande von oder zwischen landwirtschaftlich genutzten Äckern und Feldern und über mehrere Jahre als Feldrain zur Verfügung stehen .

Wer Flächen zur Verfügung hat, der kann sich bei der Bayerischen KulturLandStiftung bei Projektleiterin Nathalie Ritter melden.

Unabhängig davon ist der Landkreis Nürnberger Land ein Landkreis mit kleinen Strukturen und einer großen Vielfalt.

Für unsere Wiesen, für unsere kleinsten Lebewesen.

## SV Schwaig spielt in der 2. Bundesliga

Spitzensport in der Region: die Volleyballer des SV Schwaig spielen in der 2. Bundesliga. Gewusst?

Am 13. Januar habe ich gemeinsam mit MdB Ralph Edelhäuser, der CSU Vorsitzenden, Petra Götz, und SV Schwaig Vorstand, Bernd Hufnagel, das Match gegen Leipzig angeschaut. Nach einem spannenden Spiel konnten die Franken die Partie für sich entscheiden.

Der Verein leistet tolle Arbeit und Sportbegeisterte kommen bei einer tollen Stimmung in der Halle voll auf ihre Kosten. Klasse!

## Neujahrsempfang der Stadt Lauf

Der Neujahrsempfang in meiner Heimatstadt bietet jedes Jahr eine wunderbare Gelegenheit für gute Gespräche und schöne Begegnungen. Gemeinsam blicken wir auf das vergangene Jahr zurück, sagen stellvertretend Danke an alle, die sich um unsere Gesellschaft verdient machen und blicken voll Zuversicht auf 2024.

Vielen Dank für die Einladung an die Stadt Lauf!



Marlene Mortler und Dr. Andreas Bitter, Präsident der AGDW, beim Empfang der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände (AGDW).

## JA zu Menschlichkeit - NEIN zu illegaler Migration

Unser bayerischer Ministerpräsident Markus Söder und Innenminister Joachim Hermann haben am 15. Januar den bayerischen „Masterplan Migration“ vorgestellt: Bund, Länder und Kommunen sind durch die aktuell unkontrollierte Zuwanderung bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten in allen Bereichen an ihrer Belastungsgrenze angelangt. Die Ressourcen sind nahezu vollständig ausgeschöpft.

Angesichts des nicht nachlassenden Zugangsgeschehens und des ohnehin angespannten Wohnungsmarktes ist eine Verbesserung der Situation gegenwärtig nicht zu erwarten. Damit der Migrationsdruck spürbar abnimmt, braucht es nun rasch zentrale Weichenstellungen durch den Bund und eine grundlegende Wende in der Asylpolitik.

Die bayerische Staatsregierung hat daher heute sechs Bundesratsinitiativen beschlossen und fordert die Bundesregierung darin auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Länder und Kommunen nachhaltig zu entlasten:

- Änderung des Asylrechts
  - konsequenter Grenzschutz
  - Länder bei der Rückführung abgelehnter Asylsuchender besser unterstützen
  - realistische Integrationsgrenze festlegen
  - Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren beschleunigen
  - Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine sollen künftig nur Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten
-

Länder und Kommunen dürfen nicht länger die Leidtragenden sein, aus diesem Grund werden wir uns diese Woche auch noch einmal intensiv mit dem Thema Asyl und Migration beschäftigen.

## Herzensangelegenheiten

### Auszeichnung „Dorfladen mit Herz“ für den Dorfladen Lauf-Schönberg

Herzlichen Glückwunsch an den Dorfladen Lauf-Schönberg!

Ein riesiges Hoch auf euch für die wohlverdiente Auszeichnung als „Dorfladen mit Herz“ vom Bundesverband der Bürger- und Dorfläden!

Eure Hingabe zur Gemeinschaft und das besondere Engagement für regionale Produkte machen euch zu wahren Helden des lokalen Handels. Es ist inspirierend zu sehen, wie ihr nicht nur Waren verkauft, sondern auch eine Heimat für Herzlichkeit und nachbarschaftlichen Zusammenhalt geschaffen habt. Euer Einsatz für die Stärkung der regionalen Wirtschaft ist bewundernswert.

Ein herzliches Dankeschön an das großartige Team des Dorfladens und an die gesamte Gemeinschaft! Macht weiter so. Ich komme immer gerne zu euch in den Laden - zum Einkaufen und zum Ratschen!

### Abschaffung der Milchquote

Vor kurzem wurde die Studie über die Entwicklung der Milchproduktion in Europa nach dem Ende der Milchquoten vorgestellt. Und es gibt eine gute Nachricht: Wir merken, dass die Abschaffung der Milchquoten richtig war! Sie hat zusammen mit anderen Reformen den Milchsektor international wettbewerbsfähiger gemacht.

Allerdings liegt Deutschland nicht unter den Top 5 der wettbewerbsfähigen Mitgliedsstaaten. Und die Milchproduktion in der EU stagniert inzwischen. Milch wird rarer. Weltweit gesehen gibt es 2 große Versorger: Europa und Neuseeland mit 24% Anteil, die USA folgt mit 13%.

Entscheidend ist, wie viel Cent vom Euro am Ende beim Bauern ankommen. Ein hoher Milchpreis bedeutet nicht automatisch einen höheren Gewinn! Politische und Marktunsicherheiten sowie mehr ökologische Sachzwänge erschweren Investitionsentscheidungen in der Zukunft.

### Schutzregel für Wölfe angepasst

Die Europäische Kommission hat Ende Dezember bekannt gegeben, dass sie die strengen Schutzregeln für Wölfe anpassen will. Der Status soll aufgrund neuer Daten zur wachsenden Population von „streng geschützt“ auf „geschützt“ herabgestuft werden.

Die steigende Zahl an Wölfen ist gefährlich! Unsere heimischen Nutztiere wie Schafe, Ziegen oder Rinder werden durch die wachsende Population bedroht. Den Schaden haben die Landwirte! Finanziell und psychisch. Nicht nur der Anblick eines gerissenen Tieres ist unschön, auch die Angst, ob der Wolf zurückkommt.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass es in Zukunft ein flexibleres Wolfsmanagement gibt. Die Herabstufung des Schutzstatus wäre ein erster Schritt zur leichteren Wolfsentnahme. Jetzt muss die Bundesregierung Farbe bekennen. Hat sie noch die Kraft geschweige den Willen?

--

Die EU-Kommission hat am 20. Dezember 2023 vorgeschlagen, den Schutzstatus des Wolfes unter der Berner Konvention von „streng geschützt“ in „geschützt“ zu ändern. Dazu erklären:

**Norbert Lins (CDU)**, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:

„Die heutige Ankündigung der Kommission ist ein gutes Zeichen für den ländlichen Raum Europas. Sie markiert einen Wendepunkt in der Debatte um das Zusammenleben von Mensch und Natur. Die vorgeschlagene Änderung der Berner Konvention ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Diesem muss im weiteren Prozess die Anpassung FFH (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie) folgen, welche den Schutzstatus des Wolfes auf europäischer Ebene festlegt.

Der Wolf ist vom gefährdeten Tier zu einer massiven Bedrohung für den ländlichen Raum und insbesondere für die Weidehaltung geworden. Es war höchste Zeit, die Jahrzehnte zurückliegende Festlegung des Schutzstatus neu zu evaluieren. Nach der Ablehnung der SUR (Kommissionsvorschlag zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln) durch das Europaparlament ist dies eine weitere gute Nachricht aus Brüssel für die Landwirte. Ich fordere die deutsche Umweltministerin hiermit auf, jetzt ein schnelles Signal der Zustimmung zum Kommissionsvorschlag zu senden.“

**Peter Liese (CDU)**, umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Der Wolf darf nicht über dem Menschen und auch nicht über den Interessen der Weidentierhalter stehen. Daher freue ich mich sehr, dass die Kommission jetzt einen wichtigen Schritt tut, um der stark wachsenden Zahl von Nutztierschäden durch den Wolf etwas entgegenzusetzen. Dazu habe ich auch ganz konkret mit Weidentierhaltern in der Region besprochen und gesehen, wie dramatisch die Lage ist. Wölfe die auffällig sind, müssen auch erschossen werden dürfen. Ich bin Ursula von der Leyen sehr dankbar, dass sie die Anliegen der Menschen im ländlichen Raum ernst nimmt und den Vorschlag durchgesetzt hat.“

## Essen gehen wird wieder teurer

Essen gehen wird wieder teurer - heißt das auch, dass weniger Menschen ins Restaurant oder Cafés gehen?

Während der Corona-Pandemie hatte die Bundesregierung beschlossen, den Mehrwertsteuersatz für Speisen in Gastwirtschaften, Kneipen, Restaurants, Cafés und anderen gastronomischen Einrichtungen vom regulären Satz von 19% auf den reduzierten Satz von 7% zu



senken. Da die Gastronomie damals stark von den Auswirkungen der Pandemie betroffen war, wurde diese Maßnahme als zeitlich begrenzte Unterstützung eingesetzt.

Jetzt, zum 01. Januar 2024, geht der Steuersatz wieder hoch. Der Preis steigt für Essen vor Ort. Doch wie wirkt sich das auf die Gastronomen aus? Das Statistische Bundesamt hat aufgezeigt, dass Essen in der Gastronomie heute 1/5 mehr kostet als noch im Januar 2021. Zudem schauen die Menschen in Deutschland mehr auf ihr Geld. Werden in Zukunft immer mehr freie Tische im Café ums Eck sein? Wird man - was bisher eher selten war - ohne Reservierung an einem Sonntag noch einen Platz in der Wirtschaft bekommen? Das wird sich wahrscheinlich erst nach ein paar Wochen oder Monaten zeigen...

Ich werde weiter die lokalen Gaststätten in meiner Heimat und auch wenn ich beruflich unterwegs bin unterstützen! Denn für mich sind die Wirte mit so viel Herzblut dabei, dass es traurig wäre, wenn immer mehr ihre Lokale schließen müssten!

Liebe Regierung, ich verstehe, dass man das Haushaltsloch füllen möchte. Doch ihr verteilt die Last auf den falschen Schultern! Erst unsere Bauern und jetzt unsere Gastronomen!

## Lesenswert

### EU-Kommunal

Lesen Sie in der [EU-Kommunal](#) immer die aktuellen Nachrichten für Kommunen aus und für Europa.

### Brüsseler Notizen

Lesen Sie die neueste Ausgabe der [Brüsseler Notizen](#) der Hanns-Seidel-Stiftung mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik.

---

### Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Briver Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51  
[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)

[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Marlene Rühlemann

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an [mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu) mit.